

GELDANLAGE

Zur Sache, Bundesschätzchen!

Das Finanzministerium fürchtet offenbar, dass der Ausstieg aus dem Geschäft mit Schatzbriefen („Bundesschätzchen“) zu einer potentiell gefährlichen Abhängigkeit von den Finanzmärkten führen könnte. „Wir hoffen sehr, dass Kleinanleger auch künftig unsere Schuldpapiere kaufen“, heißt es in der Behörde, die bislang mit einer Schildkröte für die Schatzbriefe warb. „Am liebsten würden wir das Geschäft



deutlich ausbauen.“ Allerdings sei das angesichts der Niedrigzinsen derzeit schwierig. Zuletzt hatten Privatinvestoren nur noch rund acht Milliarden

Euro in kostenlosen Depots des Bundes angelegt. Die Summe entspricht weniger als einem Prozent der Schulden des Bundes. In den Neunzigern lag der Anteil deutlich höher. Ziehen sich Kleinsparer weiter zurück, ist die Bundesrepublik noch stärker von den Launen der Finanzmärkte abhängig. In der vorigen Woche hatte die Regierung entschieden, dass Privatkunden ab 2013 nur noch über Banken Staatsanleihen kaufen können. Aus dem Finanzministerium hieß es, die Verwaltung der Depots habe rund 30 Millionen Euro pro Jahr verschlungen. Dies sei angesichts der geringen Bedeutung des Geschäfts nicht mehr zu rechtfertigen.

ENERGIE

Es werde Licht!



MARK WÜHLHAUS / ATTENZIONE

Sonniges Wetter und der ungebremste Ausbau von Photovoltaik haben zu einem starken Anstieg der Solarstromproduktion geführt. Nach vorläufigen Zahlen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) lieferte die Sonnenenergie im ersten Halbjahr 2012 insgesamt 14,1 Milliarden Kilowattstunden Strom. Das sind gut 44 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres. Windkraft hingegen legte im selben Zeitraum nur um knapp 19 Prozent zu. Weil der von Solaranlagen erzeugte Strom hoch subventioniert wird, rechnet der BDEW damit, dass die Verbraucher demnächst deutlich höhere Stromrechnungen erhalten werden.

SCHULDENKRISE

„Pure Stimmungsmache“



Michael Hüther, 50, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, über den Aufruf von mehr als 170 anderen Ökonomen zur Euro-Krise

SPIEGEL: Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, hat zusammen mit weiteren Wirtschaftswissenschaftlern seine „lieben Mitbürger“ aufgefordert, gegen den EU-Beschluss einer Bankenunion aufzubegehren. Warum haben Sie nicht unterzeichnet?

Hüther: Ganz ehrlich: Ich wundere mich, wie man als Wissenschaftler ei-

nen so kruden Text unterschreiben kann. Wenn das der Beitrag der deutschen Volkswirtschaftslehre zur Euro-Krise ist, bin ich ernsthaft über unseren Berufsstand besorgt.

SPIEGEL: Was werfen Sie den Unterzeichnern vor?

Hüther: Wissenschaftler können nicht wie der Papst in tiefer Sorge eine Enzyklika verfassen. Sie müssen ihre Argumentation immer auf Fakten stützen – und nicht auf Emotionen. Das Papier ist aber pure Stimmungsmache. Namhafte Ökonomen tun so, als sei Kanzlerin Angela Merkel von anderen europäischen Regierungschefs über den Tisch gezogen worden und als müsse Deutschland künftig für die Bankschulden in anderen Ländern unbegrenzt haften. Beides ist sachlich falsch.

SPIEGEL: Den Eindruck hat auch der italienische Premier Mario Monti erweckt.

Hüther: Das mag sein, aber das heißt ja noch nicht, dass er recht hat. Die Brüsseler Beschlüsse sind, erstens, undramatisch und, zweitens, richtig. Sie eröffnen die Möglichkeit, zielgenau den Bankensektor in ganz Europa zu stabilisieren. Das ist auch in unserem nationalen Interesse.

SPIEGEL: Fürchten Sie, dass Sinn und seine Kollegen in der öffentlichen Debatte die Oberhand gewinnen?

Hüther: Ich kann nur hoffen, dass sie das nicht tun. Wenn man ihre Argumentation zu Ende denkt, kann es keinen dauerhaften Rettungsschirm geben. Nach jetzigem Stand würde dies das Ende der Währungsunion bedeuten. Das kann doch keine ernsthafte Perspektive sein – zumal Sinn und seine Mitstreiter keine Alternative zur aktuellen Rettungspolitik bieten.